

## Stadt Aachen

Stand der Informationen: 01.10.2021

### Parteienspektrum

In der Stadt Aachen ist das Parteienspektrum überschaubarer und teilweise inaktiver als in der angrenzenden Städtereion. Ein Kreisverband Aachen der extrem rechten Partei Bürgerbewegung Pro NRW bestand seit 2009, entfaltete aber erst viel später Aktivitäten. Hierzu zählten einige Flugblattaktionen, Infostände und Kundgebungen, schwerpunktmäßig richtete sich die Agitation gegen den Neu- und Umbau zweier Moscheen. Der Aufbau des Kreisverbandes verzögerte sich lange, die anvisierte Teilnahme an den Kommunalwahlen 2009 konnte nicht realisiert werden.

Im Juli 2010 machte der Aachener Polizist Wolfgang Palm Schlagzeilen, als bekannt wurde, dass er zum Chef des Kreisverbandes Aachen von Pro NRW gewählt worden war. Daraufhin wurde er innerhalb der Polizeibehörde auf einen anderen Posten versetzt, was Pro NRW dazu nutzte, ihn zum Opfer zu stilisieren. Palm fungierte zudem als einer von mehreren stellvertretenden Vorsitzenden und wurde Mitte Mai 2012 vom Dienst suspendiert. Ausschlag dafür gab u.a. Palms Redebeitrag und Verhalten bei einer Pro-Kundgebung in Aachen am 5. Mai. Palm – unterdessen Mitglied im Stadtrat von Aachen – ging rechtlich gegen die Suspendierung vor. Nach jahrelangem Rechtsstreit hat das Bundesverwaltungsgericht im August 2018 entschieden, dass diese rechtmäßig gewesen sei. Anfang 2019 lehnte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Beschwerde gegen dieses Urteil ab.

Pro NRW hielt regelmäßig Mitglieder-Abende in Gaststätten ab. In Eilendorf veranstaltete Pro NRW im März 2013 eine kleinere Kundgebung „gegen Asylmissbrauch“. Im Rahmen verschiedener Wahlkämpfe hielten Pro Deutschland und Pro NRW zudem Kundgebungen in Aachen ab. Schlagzeilen bescherte Pro NRW im Kommunalwahlkampf 2014, dass die damalige Seniorenrätin Wilma E. für die Splitterpartei als Direktkandidatin antrat. E. war auch Kopf eines „Erzählcafés“ im stark durch Migrant/innen geprägten Ostviertel, an dem deutsch-stämmige Senior/innen teilnahmen. Die Rentnerin, die zuvor schon – etwa in Medienberichten – durch Vorbehalte gegenüber Migrant/innen aufgefallen war, distanzierte sich zwar daraufhin von Pro NRW. Doch die oft leichtfertig geglaubten Entschuldigungs- und Rechtfertigungsversuche der lokal gut vernetzt auftretenden Seniorenrätin blieben halbherzig. Nicht hinterfragt wurde in diesem Zusammenhang zudem, dass weitere Personen aus dem Umfeld des „Erzählcafés“ ebenso auf der Liste der Pro-Kandidaten auftauchten und Pro NRW schon im April 2011 in einem Bericht über einen Pro-„Informationsabend“ schrieb, den Senioren der Gruppe besucht hatten.

Seit Ende 2017 gehört nun die ehemalige Vorsitzende bzw. stellvertretende Vorsitzende des Pro NRW-Kreisverbandes Aachen, Gabriele Mathieu, dem Aachener Seniorenrat an. Sie nahm in Januar 2019 an

einem Aufmarsch von rechten „Gelbwesten“ in Aachen teil (s.u.). Mitte 2015 hatten Mathieu, Palm auch andere Funktionäre und einfache Mitglieder im Zuge von Macht- und Flügelkämpfen bei Pro NRW die Partei im Streit verlassen. Palm gehört seitdem offiziell (s.u.) als parteiloser Vertreter dem Stadtrat an, an seinem rechtspopulistischen Auftreten und Agieren änderte sich indes nichts.

Zeitweise war im Umfeld von Pro NRW in Aachen eine Aktions- bzw. Autorengruppe „PI Aachen“ des fremden- und islamfeindlichen Blogs „Politically Incorrect“ (PI) aktiv. Nachdem PI sich von Pro NRW ab- und der Partei Die Freiheit zugewendet hatte, näherte sich auch „PI Aachen“ der rechten Minipartei an. Eigene Strukturen hatte diese Partei in Aachen nicht aufgebaut, jedoch fanden sporadisch Treffen der Freiheit-Gruppe Düren/Aachen statt. Mitglieder der Gruppe waren unter anderem auch bei „PI Aachen“ aktiv und nahmen im Oktober 2011 an der Gründungsveranstaltung des Landesverbandes NRW von Die Freiheit in Recklinghausen teil. Zeitweise war in jenem Umfeld zudem eine Aachener Ortsgruppe der „German Defence League“ (GDL) aktiv. Die Agitation der GDL richtet sich überwiegend gegen „den“ Islam, gegen Muslime oder Menschen aus dem arabischen Raum.

Lokale Aktivitäten der NPD wurden nicht aus Aachen selbst organisiert. Willibert Kunkel, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes, lebt in Stolberg. Durchgeführt wurden vereinzelte Infotische, Kundgebungen und zeitweise Stammtische und Mitgliederversammlungen. Die Partei bzw. Kunkel sorgten 2010 für Wirbel. Es hieß, man wolle ein kleines Hotel in Aachen zwecks Umnutzung als „Nationales Zentrum“ kaufen. Später stellte sich jedoch heraus, dass die NPD dies gar nicht geplant hatte und Kunkel offenbar durch den Coup eine Provision einheimen wollte.

Seit Februar 2013 ist ein Kreisverband Aachen und Heinsberg der Splitterpartei Die Rechte (DR) aktiv. Laut NRW-Innenministerium ist die Splitterpartei ein „Auffangbecken für Mitglieder der [u.a. 2012] verbotenen Kameradschaften“ in NRW. Als erster DR-Kreischef fungierte der ehemalige Kader der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL), André P., der zugleich die NRW-Landesliste zur Bundestagswahl 2013 der Kleinstpartei anführte. Bei dieser Wahl stimmten in Aachen 46 Wähler für die DR, das Ergebnis blieb also im Promillebereich. P. wurde Ende 2013 vom Amtsgericht Aachen wegen verschiedener Delikte zu einer Jugendstrafe auf Vorbewährung verurteilt. In einer Berufungsverhandlung im April 2019 wurde die Strafe am Landgericht in eine acht Monate lange Bewährungsstrafe abgeändert, wobei wegen der unüblich langen Verfahrensdauer schon vier Monate als vollstreckt gelten. Die Kammer stelle zudem fest, von P. seien seit Jahren keine schädlichen Neigungen mehr wahrzunehmen gewesen.

Ein weiterer Re-Organisations-Coup aus Kreisen alter KAL-Leute und jetziger DR-Kader: Mitte 2014 verkündete man, dass eine der örtlichen DR untergeordnete Freizeit-, Schulungs- und Freundesgruppe namens „Syndikat 52“ gegründet worden sei – namentlich eine Kombination aus den Anfangsziffern der Postleitzahl für den Raum Aachen und einer Art von Verbrechersyndikat, immerhin waren KAL-Mitglieder in den Jahren vor dem Verbot wegen zahlreicher Straftaten aufgefallen.

„Syndikat 52“ verbreitete sogar, man habe eine Immobilie erwerben oder mieten wollen, um eine Art nationalistischen Frei(zeit)raum für eigene Aktivitäten aufzubauen. Bisherige „Syndikat 52“-Aktivitäten in der gesamten Region deckten sich teilweise mit alten KAL-Angeboten: Computerschulung, Konzerte (s.u.), Weihnachtsfeiern, gemeinsames Grillen und sportive Aktivitäten, etwa größere Rafting-Touren der Neonazis, sowie „Heldengedenken“ in der Tradition der KAL.

Zur Kommunalwahl 2009 traten in Aachen keine Partei und kein Einzelkandidat aus dem extrem rechten Spektrum an. Bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 trat lediglich Pro NRW flächendeckend zur Wahl für den Stadtrat an. Die Splitterpartei verzeichnete letztlich 1,13 Prozent der Stimmen, fast 1.150 Menschen wählten Pro NRW. Mit Wolfgang Palm gehörte daher ein Vertreter der extremen Rechten dem Stadtrat an (s.o.).

Bei der Landtagswahl 2012 kam Pro NRW im Aachener Wahlbezirk I auf 0,87 Prozent und im Wahlbezirk II auf 1,33 Prozent. Schlechter sah es für die NPD mit 0,28 bzw. 0,39 Prozent aus. Bei der Bundestagswahl 2013 trat als NPD-Direktkandidat Felix Van der Lee an (0,6 Prozent der Erststimmen; 0,5 Prozent der Zweitstimmen). Die REP holten in Aachen-Stadt 0,1 Prozent der Zweitstimmen, Pro Deutschland, der bundesweite Ableger von Pro NRW, ebenso 0,1 Prozent. Bei der Europawahl 2014 kamen die REP auf 0,12, die NPD auf 0,24 und Pro NRW auf 0,63 Prozent. Extrem rechte Parteien lagen somit in Aachen bei fast allen Wahlen unterhalb ihrer NRW-Landesdurchschnittswerte, woran sich auch bei der Landtagswahl 2017 nichts änderte (NPD: 0,18 Prozent; REP: 0,05 Prozent, DR: 0,02 Prozent laut Gesamtergebnis für die Stadt Aachen). Bei der Bundestagswahl 2017 holte die NPD in Aachen lediglich 0,11 Prozent; DR, REP sowie die Pro-Bewegung traten zu dieser Wahl gar nicht erst an. Bei der Europawahl 2019 holten die NPD 0,07 (79 Stimmen), DR 0,03 (36 Stimmen) und die neonazistische Splitterpartei Der III. Weg 0,0 (5 Stimmen) Prozent. Bei der Bundestagswahl 2021 kam die NPD auf 0,03 Prozent (44 Stimmen).

Im Aachener Stadtrat haben Anfang 2016 der AfD-Ratsmann Markus Mohr und der bis Mai 2015 noch als stellvertretender Vorsitzender von Pro NRW fungierende Wolfgang Palm eine Ratsgruppe namens „Allianz für Aachen“ gebildet. Bei den Kommunalwahlen 2014 waren für die AfD Mohr (Jg. 1984) sowie dessen Parteifreundin Mara Lux (Jg. 1989, geborene Müller), in den Rat gewählt worden. Überdies wurde für Pro NRW Palm zum Stadtverordneten gewählt. Im Zuge eines völlig aus dem Ruder gelaufenen Flügelstreites hatte Palm, bis dahin auch Chef des Pro NRW-Kreisverbandes Aachen, im Mai 2015 seine Partei verlassen und gehörte dem Rat seitdem parteilos an.

Der AfD-Stadtverband Aachen wurde seit Mitte 2014 schon von einem deutlich Rechtsaußen stehenden Flügel dominiert. Bis Anfang September fungierten Mohr und Müller (heute: Lux, s.o.) für die AfD als Ratsgruppe, sie beschäftigten zwei Teilzeitreferenten vom äußerst rechten AfD-Rand, erhielten städtische Gelder und konnten ein Büro nutzen. Ratsfrau Müller (Lux), die erst wenige Tage zuvor beim AfD-Landesparteitag als Beisitzerin in den damaligen NRW-Landesvorstand gewählt worden war, kündigte jedoch Anfang September 2015 überraschend die Gruppe auf. Grund: „Unüberbrückbare Differenzen“ zwischen ihr und Mohr. Es gebe „keine gemeinsame Basis mehr, die es uns ermöglicht, als Gruppe aufzutreten“, teilte sie mit. Die AfD verlor nach dem Ende der Ratsgruppe diverse Privilegien, ihre Mitarbeiter konnten nicht mehr aus öffentlichen Geldern finanziert werden und das Büro musste man räumen.

Nach der Bildung einer neuen Ratsgruppe durch Mohr und Palm kann diese Gruppe seit Anfang 2016 jene Privilegien wieder teilweise nutzen. Wegen der Kooperation mit dem ehemaligen Pro NRW-Spitzenfunktionär Palm und wegen anderer Begebenheiten hatte die AfD-NRW Mohr mit Beschluss vom ersten Juni-Wochenende 2016 aus der Partei ausgeschlossen. Mohr ging rechtlich dagegen vor. Im Januar 2017 war Mohr einer der Redner auf einer AfD-Versammlung in Dresden, auf der Björn Höcke als Stargast eine Umkehr der Erinnerungskultur einforderte und das Holocaust-Mahnmal in Berlin ein „Denkmal der Schande“ nannte. Das Bundesschiedsgericht der AfD kippte Mohrs Parteiausschluss wenige Wochen später. Seit September 2018 ist Mohr der Vorsitzende bzw. Sprecher des AfD-Stadtverbandes Aachen.

Im Verlauf des Wahljahres 2017 und ebenso 2018 fiel der Ex-Spitzenfunktionär von Pro NRW, Palm, auch bei AfD-Wahlkampfaktionen, -Veranstaltungen und -Infoständen auf. Die aus Mohr und ihm bestehende Ratsgruppe „Allianz für Aachen“ (AfA) ist in der Vergangenheit mehrfach durch Anfragen und Anträge aufgefallen, die durch rassistische und neurechte Konnotationen Aufsehen erregte. So wurden etwa in einem Antrag im Herbst 2018 psychisch kranke Flüchtlinge als „psychisch labile Mängelwesen“ bezeichnet. Im April 2017 bemängelte die Ratsgruppe in einer Anfrage die „durch afro-orientalische Masseneinwanderung herbeigeführte Absüdung West- und Mitteleuropas“ – und glich dabei der Argumentation des rechtsextremen „Deutsches Kolleg“, dass schon 1998 in einem Strategiebeitrag vor dem „demokratische[n] Rassismus“ warnte, der „seit Jahrzehnten die Absüdung Deutschlands, also die Orientalisierung, Asiatisierung und Vernegerung seiner Wohnbevölkerung“ betreibe. In einem Antrag im Oktober 2018 nannte die „Allianz“-Ratsgruppe ein Aachener Kunstwerk von Peter Eisenman – dem jüdisch-

amerikanischen Architekten der auch das Berliner Holocaust-Mahnmal entworfen hat – ein „nie heimisch geworden[es]“ Werk „eines degenerierten Architekturstils“.

Im September 2019 schrieb die AfA-Gruppe in einem Antrag im Stile der NPD vom „alliierten Bombenterror“ und rückte in einer Anfrage „Asylforderer“ in die Nähe von Dieben und Randalierern, die immer wieder Elektrogeräte in ihren Unterkünften stehlen und zerstören würden. Da die Stadt sich weigerte, Anfragen zu ihr unbekannt seienden „Asylforderern“ zu beantworten formulierte die AfA-Gruppe ihre Schreiben einen Monat später um und vermutete „sprachdoktrinäre Motive“ bei der Verwaltung. Im Oktober 2019 stellte die AfA eine Anfrage zum Schwimmunterricht und vermutete, ein Anstieg bei den Todesopfern von Badeunfällen sei darauf zurückzuführen, dass es einen „wachsende[n] Anteil Fremdstämmiger aus nicht-badeaffinen Kulturen“ gebe.

Zur Kommunalwahl 2020 trat Mohr als OB-Kandidat für die AfD an. Im Wahlkampf agierte der Parteiverband mit einem Trio an der Spitze. Sowohl Mohr als auch Palm – der weiter kein Parteimitglied sein soll – traten gemeinsam mit einem neurechten Troll und Musiker der „nordischen“, „heidnischen“ Black Metal-Band „Carpathian Wolves“ an (s.u.). Dieser AfD-Kandidat auf Listenplatz 3 für den Stadtrat hatte zum Flügelstreit etwa Wochen zuvor einen Tweet abgesetzt, in dem er Bundesparteichef Meuthen mit „Nattern“ verglich und „Spalter raus!“ forderte. Der AfD-Kommunalwahlkampf fand teils völkisch-nationalistisch und neurechts-strategisch statt.

Sah es am Wahlabend zuerst noch so aus, dass die AfD in Aachen künftig eine Ratsfraktion hätte bilden können, trat das letztlich nicht ein. Eines der Ziele, nämlich künftig mit drei deutlich weit rechtsaußen stehenden Lokalpolitikern im Rat aktiv sein zu können, konnte also nicht erreicht werden. Insgesamt 3.816 Aachener/innen wählten die Partei (3,75%). Die bisherigen Vertreter der Ratsgruppe „Allianz für Aachen“ (AfA), Aachens AfD-Chef Mohr und der frühere „Pro NRW“-Spitzenfunktionär Palm, dürften deswegen als Gruppe weiterarbeiten können. Bei der Wahl zum OB gaben 3.387 Aachener/innen Mohr ihre Stimme (3,32%). Die AfD-Ratsgruppe war nach den Kommunalwahlen 2020 weniger aktiv als in den Jahren zuvor. Im Bundestagswahlkampf 2021 fiel die AfD Aachen-Stadt durch seltsam verhaltenes Agieren auf und wirkte teilweise kaum bis wenig aktionsfähig.

Anfang 2016 war in dem Magazin „Zuerst“ ein Interview mit AfD-Mann Markus Mohr erschienen. Das Blatt versteht sich als „Deutsches Nachrichtenmagazin“ und gilt in der völkisch-nationalistischen bis rechtsextremen Szene als eine Art „Spiegel“ von Rechtsaußen. Mohr und die AfD Aachen luden im April den Chefredakteur von „Zuerst“, Manuel Ochsenreiter, zu einem Vortrag in das Haus der völkisch-nationalen Burschenschaft „Libertas Brunn“ ein.

Nachdem Mohr schon im Mai 2015 bei besagter Burschenschaft aufgetreten war und Neonazis dessen Vortrag gelobt hatten, haben auch im April 2016 Neonazis den Mohr-Ochsenreiter-Abend besucht, darunter Timm M., der den offen neonazistischen HipHopper „Makss Damage“ als Produzent und Gastsänger unterstützte (s.u.). Auf Fotos, die die Besucher/innen des Abends zeigen sollen, war neben M. auch Johann Thießen aus Hürtgenwald zu sehen, Parteichef der rechtsextremen, rassistischen und zum Antisemitismus neigenden Minipartei „Arminius Bund“. Als Ende Juni 2019 der umstrittene und reaktionäre Autor Matthias Matussek und die rechte, verschwörungsideologische Medienaktivistin Claudia Zimmermann (vor Jahren noch für den WDR tätig) auf Einladung der AfD in Aachen gastierten, waren erneut Neonazis unter den Besucher/innen.

Mohr wurde dem „Flügel“ zugerechnet, der vom Bundesverfassungsschutz beobachtet wurde. Der AfD-Ratsmann und ein früherer Mitarbeiter der AfD-Ratsgruppe wurden Anfang 2019 auch in dem Gutachten des Verfassungsschutzes genannt, in dem die Behörde auf 436 Seiten erörtert, ob die Partei künftig beobachtet werden darf. Genannt wird in dem Dokument mehrfach auch die von einem AfD-Funktionär aus Leverkusen publizierte neurechte Jugendzeitschrift „Arcadi“, der eine Nähe zur rechtsextremen, schon durch den Verfassungsschutz beobachteten „Identitären Bewegung“ attestiert wird. Für die erste Ausgabe

von „Arcadi“ hatte auch ein AfD-Mann, der für Mohr und dessen AfA-Gruppe arbeitet, Ende 2017 über seinen Wahlkampf für den „Front National“ (FN) in Südfrankreich geschrieben.

Die extrem rechte belgische Partei Vlaams Belang hat im September 2019 in Aachen eine mehrtägige Klausurtagung mit rund 40 Abgeordneten und Führungskräften der Partei durchgeführt. U.a. war der Vorsitzende des Vlaams Belang, Tom Van Grieken, anwesend. Aufgrund seiner Einladung soll an einem Tag auch eine Delegation der nordrhein-westfälischen AfD-Landtagsfraktion die Tagung besucht haben, darunter die Abgeordneten Martin Vincentz und Roger Beckamp. Anwesend war ebenso die langjährige Flandern-Korrespondentin der „Jungen Freiheit“, Irmhild Boßdorf. Sie ist heute Mitarbeiterin des verteidigungspolitischen Sprechers der AfD, Rüdiger Lucassen (Bad Münstereifel), der Anfang Oktober 2019 zum NRW-Landeschef der AfD gewählt wurde.

## Freie Kameradschaftsszene

Die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) hatte ihre Präsenz in den letzten Jahren ihres Bestehens in der Stadt Aachen verstärkt. Dies ließ sich unter anderem an den häufigen Aufkleber- und Sprühaktionen erkennen, die mit dem Kürzel „KAL“ gekennzeichnet waren. Auch gab es rund um den 20. April („Führers Geburtstag“) Sprühaktionen der KAL, in denen Adolf Hitler gehuldigt bzw. ihm „gratuliert“ wurde. Mit ähnlichen Aktionen wurde auch wiederholt der ehemalige Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß geehrt. Im Umfeld der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 kam es besonders auf der Pontstraße in der Aachener Innenstadt zu Schlägereien mit KAL-Beteiligung.

Die im Jahr 2001 gegründete KAL war eine der ältesten existierenden Kameradschaften in NRW und bis zu ihrem Verbot auch eine der größten und aktivsten Zusammenhänge dieser Art. Sie selbst gab indes an, offiziell erst 2002 gegründet worden zu sein. Wegen ihrer Radikalität, ihres militanten Auftretens und ihrer zelebrierten Nähe zum Nationalsozialismus wurde die KAL am 23. August 2012 durch das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW nach dem Vereinsgesetz verboten. Die Polizei ging dabei mit 48 Hausdurchsuchungen gegen 46 mutmaßliche Mitglieder der Struktur vor.

Die meisten der mutmaßlichen KAL-Mitglieder lebten zu diesem Zeitpunkt in Aachen und Stolberg. Dass besonders gefestigte Kader nach dem Verbot dennoch auch organisatorisch weiter aktiv waren, zeigte u.a. das Verbreiten eines Flyers, der zu einer Geburtstagsfeier für eine Seniorin, die bis zum Verbot die Kasse der KAL geführt haben soll, Anfang Dezember 2012 einlud. Die Rentnerin aus Eschweiler wurde auf dem Flyer, der in seiner Optik und in Textpassagen früheren KAL-Flyern ähnelte, als „Mutter der Kompanie“ bezeichnet. Als Ort für die konspirativ vorbereitete Feier wurde das „Aachener Land“ angegeben. Unterdessen haben alte KAL-Kader und junge Neonazis unter dem Label „Syndikat 52“ (s.o.) neue Strukturen aufgebaut und wildern erneut auch in der Problemfanszene (s.u.) von „Alemannia Aachen“, um aktionsorientierte Hooligans und Jugendliche anzuwerben.

Teile der Aachener Kameradschaftsszene, vor allem diejenigen, die sich den „Autonomen Nationalisten“ (AN) zurechneten, waren 2007 an der Gründung der überregionalen Plattform „Aktionsgruppe Rheinland“ (AGR) beteiligt. Auch die AN zeigten in den darauffolgenden Jahren eine wachsende Präsenz in der Aachener Innenstadt, besonders im Studentenviertel und in der Kneipengegend Pontstraße. Der aufgelöste „Sturmbund Aachen“ (SBA), der bis Frühjahr 2008 aktiv war, stellt den Ursprung der Aachener AN dar. Ein ursprünglicher Mitbegründer des SBA war 2006 wegen Drogendelikten aufgefallen und musste eine Haftstrafe absitzen. Er und ein „Kamerad“ waren 2010 und 2011 nach umfangreichen Ermittlungen und Hausdurchsuchungen erneut wegen Kontakten zu bzw. einer mutmaßlichen Beteiligung an einem Drogenhändlerring für Cannabis und Aufputschmittel aufgefallen.

Neben der organisierten und gefestigten Neonazi-Szene gab es in Aachen wiederholt Hinweise auf die Existenz sogenannter Mischszenen, in denen aktive Neonazis mit vermeintlich unpolitischen Jugendlichen

und Heranwachsenden freundschaftlich verkehren. Gerade im Umfeld von Großveranstaltungen zeigt sich aber, dass diese Mischcliquen aus verschiedenen Aachener Randbezirken und Ortsteilen keineswegs unpolitisch oder gar harmlos agieren. Auch Teile der Fanszene des Fußballvereins Alemannia Aachen sind durch diese Problematik geprägt.

Die Gewaltbereitschaft einiger Fans zeigte sich etwa im November 2010 nach einem Amateurspiel zwischen Alemannia und Rot-Weiß Essen am Tivoli, als Hooligans und Problemfans verschiedener Fangruppen versuchten, die Busse aus Essen an der Abfahrt zu hindern. In den Folgejahren kam es bei Auswärts- und Heimspielen zu weiteren, teils massiven Vorfällen mit Fans aus Aachen. Im September 2011 versuchten etwa Hooligans und Problemfans nach einem Heimspiel einen Bus mit Fans von Greuther Fürth anzugreifen. Ein Höhepunkt der Vorfälle war ein Angriff von bis zu dreißig verummten und teilweise rechtslastigen Hooligans aus Aachen auf Mitglieder der „Aachen Ultras“ (ACU) bei einem Heimspiel von Alemannia Aachen am 11. Dezember 2011.

Die Vertreter der „Alemannia Supporters“ (zuvor: „Asoziale Randgruppe Aachen“) stürmten dabei auf dem Tivoli in den ACU-Block, zugleich wurden die ACU von Mitgliedern der „Karlsbande Ultras“ (KBU) aus dem Nachbarblock mit Bierbechern und Wasserbomben beworfen. KBU-Leute sollen dabei die sich seit geraumer Zeit antirassistisch und gesellschaftspolitisch engagierenden ACU „Juden“ und „Homos“ genannt und teilweise die Angreifer als „Kameraden“ angefeuert haben.

Auch im Jahre 2012 folgten Angriffe auf Vertreter/innen der ACU. So griffen Personen aus einem Reisebus der KBU am 17. November 2012 einen PKW mit Mitgliedern der ACU an. Der Vorfall ereignete sich auf einem Rastplatz der Autobahn 8 bei Pforzheim nach einem Auswärtsspiel von Alemannia Aachen gegen die Zweite Mannschaft des VfB Stuttgart. Anfang August 2012 war es beim Spiel gegen den 1. FC Saarbrücken im dortigen Heimstadion ebenso zu Attacken auf die ACU gekommen. Nach Spielende, als die Polizei Teile der Aachener Fans zu ihren Bussen geleiten wollte, sollen dabei Mitglieder der KBU und rechtsgerichtete Fans aus deren Umfeld die ACU angegriffen und Einzelpersonen teils schwer verprügelt haben. Die ACU lösten sich infolge einer solchen Vielzahl von Angriffen im Januar 2013 auf, das Portal Spiegel Online titelte dazu: „Kapitulation im Kampf gegen Rechts“.

Die „Karlsbande Ultras“ (KBU) sind 2010 entstanden. Sie hatten sich von den ACU gelöst, weil sie unter anderem deren antirassistisches Engagement nicht teilten. Auch wenn die an den Vorfällen beteiligten Fangruppen, allen voran die KBU, in Einzelfällen aber auch Vertreter der Hooligan-Gruppe „Westwall Aachen“ (s.u.) und eben der „Alemannia Supporters“, sich unpolitisch geben, waren auch Neonazis und KAL-Leute an den Vorfällen beteiligt. KBU-Leute oder Personen aus deren Umfeld waren seit 2012 ebenso mehrfach an Angriffen auf Antifaschist/innen und das „Autonome Zentrum“ (AZ) beteiligt.

Sorge bereitet es daher Fußballklub, Stadtverwaltung und Polizei, dass die zeitweise rund 200 bis 250 Personen starke KBU teils rechtsextrem unterwandert wurde, auch wenn nur sehr wenige KAL-Mitglieder, dafür aber eine Reihe rechtsextremer Problemfans in ihr oder ihrem Umfeld aktiv waren. Alemannia Aachen hatte im August 2012 daher gegen die KBU ein Bannerverbot auf dem Tivoli verhängt und später ein generelles Bannerverbot bei Auswärtsfahrten beschlossen.

Im Dunstkreis der KBU, der örtlichen Neonazi- und rechtslastigen Problemfan-Szene war zeitweise auch ein junger Mann aktiv, der im Mai 2012 wegen eines versuchten Mordes an einem 51-Jährigen in einem Aachener Übergangwohnheim verurteilt wurde. Der Heranwachsende wurde deswegen zu einer Jugendstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt. Den älteren Mitbewohner hatte besagter junger Mann und ein sieben Jahre älterer Haupttäter niedergeschlagen. Dann versuchte der Haupttäter dem Opfer mit einem Messer die Kehle durchzuschneiden. Das Opfer überlebte schwer verletzt und verblutete nur nicht, weil es mit letzter Kraft fliehen konnte.

Die Interessengemeinschaft der Alemannia Fans und Fan-Clubs (Fan-IG) verwehrten 2012 der Fangruppe „Alte Kameraden“ eine Feier im Haus der Alemannia-Fans. Grund dafür war, dass die selbst nicht extrem rechte Fangruppierung zu einer Geburtstagsfeier Mitte Juli auch Neonazis und den damaligen NPD-Führungskader Sascha Wagner einladen wollte. Wagner ist eine der umtriebigensten und unterdessen umstrittensten Personen aus dem Fanlager der Alemannia. Schon Ende der 1980er Jahre wurde er als Fan und Hooligan aktiv und gründete die „Asoziale Randgruppe Aachen“ (s.o.) mit. Später machte er in der NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) Karriere. Bis ins Jahr 2013 gehörte Wagner zu den führenden Personen der NPD in Rheinland-Pfalz, später war er einer der maßgeblichen NPD-Kader im Saarland. Der Neonazi hat unterdessen die Partei verlassen und unterhält weiter Kontakte in die Aachener Fanszene.

Aus der Neonazi- und rechtslastigen Hooligan-Szene stammte auch ein Liedermacher aus dem Stadtteil Laurensberg. Aufnahmen publizierte der Rechtsextremist seit 2011 unter dem Namen „Teiwaz“ über das Internet. Der Name stellt eine andere Schreibweise für Tyr oder Tiwaz dar, allesamt Bezeichnungen des Gottes des Kampfes und Sieges in den Schriften der Edda, einer altnordischen Dichtung. In den Liedern verbreitete der junge Mann rechtsextreme Inhalte und glorifizierte indirekt die KAL, zugleich publizierte er aber auch eine Ballade über seine Liebe zu Alemannia Aachen.

Musiker aus Aachen bzw. der Städteregeion spielen in der Black Metal-Band „Carpathian Wolves“, die u.a. Tonträger („Seuche Christ“) veröffentlicht hat und auf entsprechenden Konzerten in Deutschland auftritt. Die Musik wird in einschlägigen Kreisen als „heidnischer“ bzw. „nordischer“ Black Metal bezeichnet, in der Außendarstellung und durch Songs wie „Germanien Erwache!“ gleicht die Band aber eher solchen aus dem Genre des „National Socialist Black Metal“ (NSBM). Bandmitglieder, darunter lange auch ein bekennender und in die rechtsextreme Szene vernetzter Neonazi aus Alsdorf, waren zuvor schon in ähnlichen Bands aktiv. Besagter Neonazi umschrieb einst in einem Interview mit einem Szenenportal, dass es textlich bei „Carpathian Wolves“ um „Germanentum, Heidentum und Keltentum“ gehe. Welche „Weltanschauung oder Ideologie wir im Einzelnen haben“ gehe aber niemanden etwas an. Ein anderer Musiker der Band ist durch eine Nähe zur rechtsextremen „Identitären Bewegung“ aufgefallen und war bei der Kommunalwahl 2020 AfD-Kandidat (s.o.). Monate vor den Kommunalwahlen hatte die Band mit einer Stellungnahme auf die Kritik von „bedauernswerte[n] Kreaturen“, „Ratten und Hetzer[n]“ reagiert, die „aus uns eine politische Band [...] machen“ würden. Derlei sei man keineswegs.

Ein weiterer Neonazi, Timm M., tritt sporadisch als Liedermacher und Musiker auf oder unterstützte neonazistische Musikprojekte, etwa als Mitproduzent der HipHop-Songs von „Makss Damage“ (Gütersloh), der Ende 2014 in Aachen ein Musikvideo aufnahm. „Makss Damage“ wurde zudem durch Gastmusiker und -sänger aus Aachen unterstützt. So soll „Teiwaz“ an Songs mitgewirkt haben; M. unter dem Label „Nordic Walker“ und ein weiterer Neonazi als „Hackepeter“ (Schreibweise variiert) haben 2016 bei Auftritten in Thüringen und der Schweiz als Gastsänger fungiert. Beide sind ehemalige Mitglieder der KAL.

Gegen Timm M., seinen Bruder Karl (bis dahin aktiv in der „Ortsgruppe Aachen“ der „Identitären Bewegung“, s.u.) und andere Personen aus der rechtsextremen bzw. Hooligan-Szene fand Ende Mai 2017 eine Drogen-Razzia in Aachen-Brand statt. Im Februar 2018 begann deswegen am Landgericht Aachen der Prozess gegen fünf Rechtsextremisten wegen des Vorwurfes, dass sie mit Amphetaminen, Marihuana und Ecstasy gehandelt haben sollen. Sie sollten laut Staatsanwaltschaft seit 2015 Betäubungsmittel im Gesamtwert von rund 300.000 Euro u.a. über den Postweg verschickt haben. Abgewickelt wurden die Deals im Darknet gegen die Zahlung der digitalen Währung Bitcoin. Der örtliche Ableger der Neonazi-Splitterpartei „Die Rechte“ publizierte eine Stellungnahme im Internet, der zufolge Timm M. „ein Partei-Mitglied aus Aachen“ sei, tatsächlich war er zu der Zeit eine der führenden DR-Persönlichkeiten in Aachen.

Im Dezember 2018 wurden in dem Drogen-Prozess zwei Angeklagte mangels Tatverdacht freigesprochen. Nach 13 Monaten Laufzeit hat das Landgericht Aachen im März 2019 drei zuvor schon strafrechtlich teils erheblich aufgefallenen Rechtsextremisten wegen Drogenhandels in nicht unerheblicher Menge

beziehungsweise wegen Beihilfe zu unterschiedlich langen Haftstrafen verurteilt. Karl M. wurde als Haupttäter zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt, zudem sollen von ihm 70.000 Euro eingezogen werden, die er laut Kammer beweisbar illegal erwirtschaftet hat. Sein Bruder Timm M. wurde wegen Beihilfe zu zwei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt. Die Urteile wurden im Herbst 2020 rechtskräftig, der Bundesgerichtshof verwarf entsprechende Revisionsanträge. Einer der beiden Brüder war im Jahr 2021 einer der Beschuldigten in einem neuen Verfahren gegen die „Turonen“ in Thüringen, dabei ging es neben Verwicklungen in den Waffenhandel und ins Rotlichtmilieu abermals um den Handel mit Drogen.

Die „Ortsgruppe Aachen“ der „Identitären Bewegung“ (IB), einem europäischen rechtsextremen Netzwerk von „Aktionsgruppen“ und „Aktivisten“, wurde rund um den Jahreswechsel 2016/2017 aktiv. Die IB will unter anderem mit Aktionen, die eigentlich aus der linken oder popkulturellen Szene bekannt sind (Straßentheater, Störaktionen, Besetzungen, Sit-Ins, Flashmobs), an die Öffentlichkeit treten. In Aachen gab es dazu nur kleinere Aktionen, die kein öffentliches Aufsehen erregten. Am Aufbau der „Ortsgruppe Aachen“ der IB und deren Aktionen waren u.a. Robert und Karl M. beteiligt. Beide haben sich zuvor über Jahre in der militanten Neonazi-Szene bewegt und sind Brüder von Timm M. (s.o.). Nach der Drogenrazzia, die sich u.a. gegen zwei der drei Brüder richtete, kamen die Aktivitäten der IB im Raum Aachen fast ganz zum Erliegen. Durch einen Umzug von Robert M. nach Münster hat sich die IB in Aachen unterdessen umstrukturiert, einflussreiche Aktivisten leben in umliegenden Städten wie Würselen und Stolberg. Im Herbst 2018 wurde in der Aachener Innenstadt eine neue IB-Gruppe aktiv, deren Aktivitäten rasch wieder endeten.

Seit Mitte 2015 war im Raum Aachen eine „Identitäre Aktion“ (IA) bzw. eine „Identitäre Aktion Aachen und Euregio“ aktiv. Auf Facebook-Seiten und mit kleineren Aktionen wollte man Hass gegen Muslime und Asylbewerber schüren. So fuhr an einem frühen Morgen IA-Aktivisten im multikulturell geprägten Ostviertel im Umfeld von Moscheen mit einem Lautsprecherwagen durch die Straßen und spielten in sehr hoher Lautstärke arabischen Gesang und Muezzin-Rufe ab. Dadurch wurden zahlreiche Anwohner geweckt, viele davon hielten die Aktion für eine solche von Muslimen, die so quasi ihre „Macht“ über die „Ungläubigen“ demonstrieren wollten. In Wahrheit aber waren für die Aktion Rechtsextremisten verantwortlich, die über diesen Umweg die Wut der Anwohner/innen auf die Muslime schüren wollten.

Die IA entstammt der IB. Im Rheinland war die IA geprägt von Personen, die teilweise seit vielen Jahren im rechtsextremen und neonazistischen Spektrum aufgefallen sind, die nun aber als Einzelpersonen oder in Kleinstgruppen vor Ort andere Aktionsformen nutzen. Die IA oder deren Vertreter haben mehrfach positiv die „Reichsbürger“-Bewegung oder deren Kampf gegen den Staat („BRD GmbH“) dargestellt. Die IA trat sporadisch auch als „Freundeskreis Aachen Euregio“ bei Facebook auf, unterdessen finden Aktionen im Raum Aachen seit Anfang 2017 nicht mehr statt.

Im Zuge der verstärkten Diskussion über die „Reichsbürger“-Bewegung wurde Ende 2016 bekannt, dass im Gerichtsbezirk Aachen – wozu der Raum Aachen, Düren und Heinsberg zählt – in Einzelfällen „Reichsbürger“ auffielen, die sich gegen Bußgeldverfahren oder Zwangsvollstreckungen wehren wollten. In einem Fall hat ein Gericht zwei Tage Ordnungshaft gegen einen „Reichsbürger“ angeordnet, der ein Gerichtsverhandlung gestört hatte.

Mitte 2018 griffen die Lokalmedien das Thema „Reichsbürger“ wieder auf. Für die Stadt Aachen sprach der Staatsschutz von rund 30 „Reichsbürgern“. Im Großraum Aachen habe man jedoch bei den aktenkundig gewordenen „Reichsbürgern“ keinerlei Überschneidungen mit der rechten Szene feststellen können. Es habe in der Region bis dahin noch keine gravierenden Vorfälle gegeben. Gleichwohl seien einige wenige „Reichsbürger“ im Grenzland als extremistisch einzustufen. Zehn Prozent aller „Reichsbürger“ in der Region gehörten laut Polizei zum harten Kern. Einige seien strafrechtlich gesehen wegen Urkundenfälschung und Bedrohung aufgefallen.



„Reichsbürger“ waren Anfang 2019 an der Organisation von Versammlungen rechter „Gelbwesten“ beteiligt (s.u.). Im September 2019 lebten laut NRW-Landesregierung in Aachen-Stadt 19 „Reichsbürger“ bzw. Selbstverwalter.

Die Bundesanwaltschaft führte im Juli 2020 bundesweit Razzien durch im Zuge von Ermittlungen gegen eine rechtsextremistische und antisemitische Vereinigung. Dabei kooperierten sie mit den niederländischen Behörden, denn einer der Hauptbeschuldigten lebte in Heerlen. Der in der niederländischen Grenzstadt Festgenommene soll die „Goyim Partei Deutschland“ im August 2016 gegründet haben. Der 36-Jährige hat irakische Wurzeln, besitzt aber die deutsche Staatsbürgerschaft und war 1997 von Aachen nach Heerlen umgezogen.

Hinter dem Namen „Goyim Partei Deutschland“ steckte keine reguläre Partei. Vielmehr diente der Namen dazu, sich unter überwiegend deutschen Neonazis, „Reichsbürgern“ und anderen Judenhassern virtuell zu vernetzen und auszutauschen. Eine Homepage der Gruppe war zum Zeitpunkt der Verhaftungen und Razzien nicht mehr erreichbar, eine Plattform im russischen sozialen Netzwerk VK.com diente bis dahin dazu, offen nationalsozialistische sowie aus der NSDAP-Propaganda her bekannte, judenfeindliche Inhalte zu verbreiten. Der langwierige Prozess gegen drei mutmaßliche Vertreter des „Goyim Netzwerks“ begann im Juli 2021 am Oberlandesgericht Düsseldorf.

## **Aufmärsche/Aktionen/Übergriffe**

Nachdem lange Jahre kaum öffentlich auftretende Neonazis in Aachen zu verzeichnen waren, meldete der Monate zuvor aus der Haft entlassene Axel Reitz für den 8. November 2008 eine Demonstration in Aachen an. Die Terminierung auf den Tag vor dem 9. November, dem Jahrestag der Pogromnacht am 9.11.1938, war bewusst gewählt. Auch das Motto „Gegen einseitige Vergangenheitsbewältigung! Gedenkt der deutschen Opfer“ stellte einen eindeutigen Bezug zum Nationalsozialismus her.

Eigentlich war für diesen Tag eine lange Demonstration durch Aachen vorgesehen, diese wurde Reitz und den angereisten 100 Neonazis allerdings untersagt. Als Reaktion darauf meldete er für Heiligabend 2008 eine Demonstration unter dem Motto „Da habt ihr die Bescherung! Meinungs- und Demonstrationsfreiheit ist kein Geschenk, sondern unser Recht“ an. Rund 40 Neonazis folgten diesem Aufruf. Reitz meldete später zudem Aufmärsche an, die sich „gegen linke Gewalt“ (2009) und den Neubau einer Moschee (2010) richteten.

Die neu gegründete Partei Die Rechte (DR) marschierte im März 2013 mit rund 100 Neonazis im Rahmen einer NRW-„Kundgebungstour“ vor dem Theater auf, um für die Freilassung inhaftierter „Kameraden“ zu demonstrieren. Anmelder und Mitorganisator der „Kundgebungstour“ war der Aachener DR-Chef André P., zuvor KAL-Mitglied. Mitte September 2013 hielten rund 25 Neonazis am Kugelbrunnen eine angebliche DR-Wahlkampfkundgebung – Motto: „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ – ab. P. drohte in einem Redebeitrag Politikern demokratischer Parteien indirekt mit dem Tode. Diese Vertreter eines „volksfeindlichen Systems“ sollten künftig „Konsequenzen mit Leib und Leben ziehen“. Es sei also vorausschauend, wenn diese Politiker heute unter anderem an Laternen hängen, „auch wenn es bisher nur mit Plakaten getan wird“. Dereinst aber werde sich das „Volk“ erheben. Und dann wohl keine Plakate mehr an Laternen aufhängen, deutete P. das Lynchen der Demokraten an.

Ende März 2014 versammelten sich fast 100 Neonazis auf Einladung der DR zu einem rassistischen Hetzmarsch in Aachen. Die Demonstration angemeldet hatte im Namen des DR-Kreisverbandes Aachen abermals P. Gegen einen der Redner eröffnete die Polizei ein Strafverfahren, weil er den Staat verunglimpft haben soll. Der aus dem östlichen Ruhrgebiet angereiste DR-Neonazi hatte mittels antisemitischer Andeutungen ausgeführt, die „Marionettenregierung in Berlin steuert unser Volk wissentlich und unaufhaltsam unter dem zufriedenen Blick der herrschenden Volksfeinde in den Volkstod.“ Die Billigung der

Zuwanderung sei „Hochverrat an unserem Volke“ und „wenn eine andere Fahne über dem Reichstag weht, wer weiß dann schon, was uns so ein Leben dieser Volksverräter noch wert sein wird.“ Ein Redner aus Wuppertal nannte Adolf Hitler den „allergrößten“ Staatsmann „aller Zeiten“.

Im März 2008 wurde eine in der Aachener Innenstadt stattfindende antifaschistische Demonstration von 30 bis 40 Rechtsextremisten und Hooligans angegriffen. Von der Polizei konnten 13 Personen in Gewahrsam genommen bzw. ihre Personalien festgestellt werden. Unter ihnen befand sich auch der Anführer der KAL und damalige stellvertretende Vorsitzende der NPD Düren, René Laube, sowie weitere damalige Funktionäre des NPD-Kreisverbandes Düren. Eine Reihe von Neonazis und rechtsradikalen Hooligans wurde 2010 und 2011 wegen Landfriedensbruchs verurteilt, Laube wurde freigesprochen.

Im August 2009 kam es anlässlich des Gastspieles des FC St. Pauli am Tivoli zu mehreren Vorfällen, deren Höhepunkt die versuchte Erstürmung einer Privatwohnung durch Neonazis war. Die angegriffene, als links geltende Wohngemeinschaft lag in der Nähe einer Kneipe, die als Treffpunkt von Hooligans und Neonazis galt. Im Februar 2012 wurden im Vorfeld einer antifaschistischen Demonstration und eines Heimspieles von Alemannia gegen St. Pauli Bombendrohungen geäußert. So versendeten unbekannte Kämpfer für die „weiße Rasse“ über anonyme E-Mail-Dienste Bombendrohungen an das AZ. Die Mail ging ebenso an die Partei Die Linke und linke Gruppen und wurde über Postings via Web verbreitet. Im Text kündigte eine „Deutsche Zelle“ einer bisher unbekanntenen „White Unity Underground Agency (W.U.U.A.)“ an, sowohl am Rande der linken Demonstration, als auch Stunden zuvor im Gästeblock auf dem Tivoli eine Bombe detonieren zu lassen.

Am 16. November 2012 trat die rechtslastige Hooligan-Band „Kategorie C“ (KC) aus Bremen im niederländischen Kerkrade auf. Sie umging dabei ein drohendes Konzert-Verbot, indem der Auftritt nur wenige Meter hinter der deutsch-niederländischen Grenze stattfand. Überwiegend konspirativ vorbereitet hatte das Konzert der Band die Hooligan-Gruppe „Westwall Aachen“ im Rahmen einer „Jahresabschlussfeier“. Tage vor dem Auftritt waren diese Pläne durchgesickert. Die Polizei hatte zuvor mit allen Kommunen der Städteregion Aachen rechtliche Möglichkeiten geprüft, das Konzert in der Region zu verbieten. Ordnungsverfügungen der deutschen Kommunen waren hierzu vorbereitet worden. Auf das Konzert in den Niederlanden, wenn auch nur wenige Meter neben der Grenze, hatte das jedoch keine Auswirkungen. Ähnliche Konzerte von KC wiederholten sich dank der organisatorischen Hilfe durch die Aachener Hooligan-Szene im belgischen Grenzland, so im August 2014 in Eynatten, im Dezember 2014 in Montzen und im April 2015 südwestlich von Eupen in Jalhay.

Ein für den „Raum Aachen“ angekündigtes, konspirativ vorbereitetes Konzert von KC mit dem neonazistischen HipHopper „Makss Damage“ fand am 20. Februar 2016 im belgischen Burnenville nahe Malmedy statt. Während KC das Konzert ohne Angaben bewarben, wer der örtliche Veranstalter war, waren szenenintern Flyer verbreitet worden, auf denen als Organisator für das Konzert die indirekte KAL-Nachfolgeorganisation „Syndikat 52“ (s.o.) genannt wurde. Neonazis verbreiteten zudem die vage Information, dass am 23. April 2016 ein „Balladenabend in der Region Aachen“ stattgefunden haben soll.

In der Hooligan-Gruppe „Westwall Aachen“ und deren Umfeld waren sowohl Migranten, aber auch aktive und ehemalige Neonazis organisiert. Bis Januar 2015 trat dieselbe Klientel auch als „Westfront Aachen“ in Erscheinung, die Polizei bezeichnete „Westfront Aachen“ anfangs als rockerähnliche Vereinigung bzw. „Streetgang“, später sprach sie nur noch von einer „Hooligan-Gruppierung“. Die „Westfront“ war auch im belgischen Eupen aktiv und bestand dort überwiegend aus ehemaligen Mitgliedern der „Kameradschaft Alsdorf Eupen“ (KAE).

Die „Westfront“ hat sich zwar Anfang 2015 aufgelöst, jedoch stellte die nordrhein-westfälische Landesregierung im Herbst 2015 fest, dass der „Westfront“-Ableger im belgischen Eupen mit Sitz in der Gemeinde Kelmis weiterhin aktiv sei. Demnach firmierte der Ableger als eine Supporter-Vereinigung bzw. als Ableger der „Bandidos“, auch Teile der ehemaligen Mitglieder aus dem Raum Aachen sollen darin

organisiert gewesen sein. Ende 2016 soll sich auch diese Gruppe teilweise aufgelöst haben. Im Revierkampf zwischen „Hells Angels Turkey“ und den „Bandidos“ in Aachen teilte die Polizei im Herbst 2015 zudem mit, dass bei letzteren besagte Hooligans und Rechtsextreme mitmischten. Es ging dabei jedoch insgesamt „um Gebietsansprüche und nicht um Ideologie“, denn die entsprechenden Personen würden sich aus unterschiedlichen Gründen „in den verschiedensten Szenen tummeln.“

Als Hintergrund jenes Revierkampfes wurden seinerzeit laut Lokalpresse Drogenhandel und Prostitution vermutet. Im März 2018 begann vor dem Landgericht Aachen ein Prozess gegen zwei Personen aus diesen Zusammenhängen, die junge Frauen und Mädchen in die Prostitution gezwungen oder Beihilfe dazu geleistet haben sollen. Beide Angeklagten hatten zeitweise Bezüge zur rechtsextremen Szene sowie dem Spektrum der Aachener Hooligans, der Rocker- und zur Türsteher-Szene. Der Hauptangeklagte, der zugleich weitere Kontakte in die rechtsextreme Szene unterhielt, soll laut Anklageschrift seit 2011 Frauen, denen er teilweise Liebesbeziehungen vortäuschte, in die Prostitution gedrängt oder vermittelt haben. Der zeitweise bei den „Bandidos“ aktive Herzogenrather wurde im Herbst 2018 deswegen erster Instanz in zwei der angeklagten Fälle und wegen des unerlaubten Besitzes einer scharfen Schusswaffe zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Der Mitangeklagte wurde wegen Erpressung in zwei Fällen auf Bewährung verurteilt. Der Herzogenrather wurde Mitte 2019 jedoch wieder zeitweise in U-Haft genommen. Er steht im Verdacht nach dem Finalspiel um den Mittelrheinpokal gegen Fortuna Köln – Alemannia Aachen gewann das Spiel – kurz vor dem Platzsturm der Fans einen Ordner schwer verletzt zu haben. Ein entsprechender Prozess steht aus.

Am 2. November 2013 griffen Neonazis und Hooligans in Aachen eine linke Demonstration, die sich gegen die europäische Flüchtlingspolitik richtete, an. Rund fünfzehn, überwiegend aus Süddeutschland und Österreich angereiste Neonazis des „Freien Netzes Süd“ (FNS) provozierten in der Innenstadt die Linken ausgerechnet an derselben Stelle, an der Neonazis einen Protestzug von Antifaschisten im Jahr 2008 massiv angegriffen hatten (s.o.). Angereist waren die Neonazis rund um den ehemaligen Aachener Daniel T. zu einer Geburtstagsfeier des DR-Kreischefs P. Später am Tage attackierten zudem Hooligans aus einer einschlägig bekannten Gaststätte am Synagogenplatz die linke Demonstration mit Knüppeln und Flaschen. Den Angegriffenen zufolge nannten die Hooligans sie wenige Meter neben der Aachener Synagoge auch „Juden“ und „Judenschweine“.

Nach neuerlichen Angriffen durch Neonazis und rechtsgerichtete Hooligans auf einen Antifaschisten und eine Gaststätte rund um den Synagogenplatz ermittelte die Polizei im Juli 2014 auch gegen den Vorsitzenden des Kreisverbandes Aachen der Neonazi-Partei Die Rechte (DR). Er und ein weiterer Neonazi sowie ein junger Hooligan aus Holland standen im Verdacht, an der Eskalation maßgeblich mitbeteiligt gewesen zu sein. Nach einem WM-Spiel der deutschen Nationalelf hatten sich seinerzeit rund 50 Personen aus der Gaststätte am Synagogenplatz zu einem Gruppenbild aufgestellt. Aus der Gruppe heraus wurden Bengalos abgebrannt, laut Polizei und Zeugen wurden auch vereinzelt Hitler-Grüße gezeigt. Infolge der späteren Gewalteskalation wurden dann zwei Personen verletzt.

Als am 9. November 2016 rund 80 Menschen am Synagogenplatz anlässlich des Jahrestages der Pogromnacht eine Mahnwache abhielten, musste die Polizei einem jungen Neonazi einen Platzverweis erteilen. Er hatte besagte Gaststätte verlassen, sich unter die Teilnehmer der Mahnwache gemischt, woraufhin es zu Wortgefechten und Rangeleien mit jungen Antifaschist/innen gekommen war. Mindestens zwei Neonazis standen während der Gedenkfeier mit anderen Gästen vor der Kneipe, lachten und feixten wiederholt lautstark.

Im August 2017 wurde nach dem Besuch eines Gottesdienstes in der Aachener Synagoge am Abend ein Jude antisemitisch beschimpft und bedroht. Der Mann trug über seiner Kippa einen Hut sowie einen Anzug. Er traf auf zwei offenbar alkoholisierte Männer im Alter zwischen vierzig und fünfzig Jahren, einer der beiden sagte dabei mehrfach: „Ach ne, guck mal ein Jude.“ Sein Begleiter versuchte ihn zu beschwichtigen. Der Andere fragte indes weiter: „Kann man den anzünden? Kann man den Juden anzünden?“

Der Versuch, im November 2014 in Aachen aus dem Umfeld der Problemfan-Szene eine Kundgebung unter dem Label der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) abzuhalten, schlug fehl. Polizeipräsident Dirk Weinspach hatte eine solche in der Aachener Innenstadt angemeldete Demonstration verboten. Eine islamfeindliche Kundgebung der beiden rechten Splitterparteien Republikaner (REP) und Die Freiheit (DF) war schon im September 2014 auf dem Willy-Brandt-Platz als peinliche Vorstellung geendet.

Im Dezember 2015 kam es zu einem „euregionalen“ Aufmarsch von verschiedenen „Pegida“-Gruppen. Schon für November war aus dem belgischen Liege/Lüttich ein solcher Aufmarsch angemeldet, allerdings überraschend wieder abgesagt worden. Später mobilisierten die „Pegida“-Gruppen für den 13. Dezember nach Aachen, angekündigt war der Aufmarsch auf den Bendplatz als gemeinsame Aktion von „Pegida NRW“, „Pegida Flandern“, „Pegida Wallonie“ und „Pegida Niederlande“. Allerdings organisierten die ortsfremden Beteiligten zum Teil kopf- und konzeptlos. Da der Bendplatz privatwirtschaftlich betrieben wird, konnte man dort letztlich keine Kundgebung abhalten. Da in der Adventszeit indes zahlreiche Plätze belegt waren und antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen angesichts des drohenden Aufmarsches zahlreiche Gegenaktionen auf weiteren Plätzen angemeldet hatten, musste „Pegida“ auf den unwirtlichen Vorplatz des Tivoli ausweichen. Statt der erwarteten 500 Teilnehmer/innen erschienen rund 130 Menschen zu „Pegida“, darunter zahlreiche Vertreter aus dem benachbarten Ausland. Als Redner fungierten u.a. „Pegida“-Chef Lutz Bachmann aus Dresden, Edwin Wagenveld, genannt „Ed der Holländer“ oder „Ed Utrecht“, aus dem unterfränkischen Bastheim und Chris Janssens vom Vorstand des rechtsextremen Vlaams Belang.

Auch in Aachen fand Ende Januar 2016 eine Demonstration statt, die auf das Engagement rechts-naher Russlanddeutscher und russischstämmiger Einwanderer zurück ging und sich gegen Asylsuchende beziehungsweise Migranten richtete, die angeblich kriminell seien oder Frauen und Mädchen sexuell belästigen und vergewaltigten. Anlass für die bundesweite Mobilisierung aus jenen Kreisen war die von russischen Medien und Politikern sowie rechtsradikalen bis neonazistischen Kreisen in Deutschland verbreitete Falschmeldung, dass ein Mädchen russlanddeutscher Abstammung in Berlin von Migranten respektive Asylsuchenden entführt und vergewaltigt worden sein sollte. Später stellte sich heraus, dass die 13-Jährige zum Zeitpunkt ihres Verschwindens wegen persönlicher und schulischer Probleme nur bei einem Bekannten „Unterschlupf“ (Martin Steltner, Sprecher der Staatsanwaltschaft Berlin) gesucht und gefunden hatte. Die spontane Demonstration ohne Anmeldung fand in Aachen am 24. Januar auf dem Marktplatz statt. Auf einem im Internet kursierenden Video sind schätzungsweise 50 Teilnehmer/innen zu erkennen, ein Redebeitrag wurde in russischer Sprache gehalten.

Große Teile der „Gelbwesten“-Proteste gegen die Unterzeichnung des neuen deutsch-französischen Freundschaftsvertrages am 22. Januar 2019 waren vor dem Rathaus durch Vertreter aus dem rechten politischen Spektrum geprägt. Die Kundgebung gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron war im Vorfeld von verschiedenen Aktivisten aus dem rechten und fremdenfeindlichen Spektrum sowie Verschwörungsideologen aus ganz Deutschland mit geplant und mit organisiert worden. An der Demonstration nahmen AfD-Mitglieder, Rassisten, frühere Pro NRW-Mitglieder, Rechtsextremisten und „Reichsbürger“ teil. Anmelderin der Kundgebung unter dem Motto „Menschlichkeit“ (sic!) war eine Heilpraktikerin aus Roetgen, die dem Lager der „Reichsbürger“ und rechtsextremistischen Verschwörungsgläubigen zugerechnet wird. (Die Roetgenerin machte am bzw. nach dem 29. August 2020 Schlagzeilen, weil sie in Berlin bei Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zur spektakulären Erstürmung der Treppe des Reichstagsgebäudes bzw. des „Reichstages“ aufgerufen hat.)

Anfang 2019 kam es zu weiteren kleineren Aktionen aus dem rechten „Gelbwesten“-Spektrum in Aachen. Neben unangemeldeten „Spaziergängen“, dem Bekleiden von Denkmal-Figuren mit gelben Warnwesten oder dem Verteilen von Flyern fanden auch zwei angemeldete Demonstrationen mit jeweils rund zwanzig Personen statt. Die Teilnehmer/innen stammten überwiegend aus dem rechtsradikalen und „Reichsbürger“-Spektrum und hatten teilweise zuvor schon an rassistischen Versammlungen in NRW und

Rheinland-Pfalz teilgenommen. Einige Vertreter/innen der „Gelbwesten“-Aachen, die zum Teil aus dem Umland kamen, hatten zuvor schon AfD-Veranstaltungen besucht.

An den Protest im Januar 2019 konnte das „Gelbwesten“-Spektrum – das sich mehrfach zerstritt und spaltete – also nicht mehr anschließen. Ausnahme war ein „Gelbwesten“-Treffen im niederländischen Vaals. Dieses wurde im November 2019 maßgeblich aus Aachen organisiert. Rund 150 Menschen aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden nahmen daran teil um laut eigener Angaben für Frieden und gegen Gewalt zu demonstrieren. Das Spektrum war politisch gesehen ähnlich jenem im Januar – obschon die Organisatoren sich zuvor von Faschismus und Rassismus distanziert hatten, waren selbst Rechtsextremisten und „Reichsbürger“ in die Organisationsabläufe involviert.

Heterogener als in vielen anderen Städten fielen 2020 die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Aachen aus. Abgesehen von einer Kundgebung der AfD im Mai waren die andauernden größeren Proteste in Aachen aus dem eher linken, friedensbewegten (und Querfront-offenen) Spektrum organisiert worden. Gleichwohl nahmen an den Protesten zuweilen Personen aus dem rechten, rechtsesoterischen und antisemitischen Spektrum oder der „Reichsbürger“-Szene teil. An einer nicht genehmigten Versammlung am 9. Mai 2020 nahmen z.B. auch Rechte und QAnon-Gläubige teil; eine regulär genehmigte Mahnwache der „Seebrücke“ wurde dabei massiv bedrängt und musste sich zurückziehen. Ein „Reichsbürger“ konnte bei mindestens zwei Versammlungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen im Frühjahr Flugblätter der verfassungsfeindlichen, rechtsextremen „Verfassungsgebenden Versammlung“ verteilen. Im Zuge von Umstrukturierungen wurden ab Spätsommer 2020 auch Personen und „Corona Rebellen“ aus dem rechten bzw. rechtsoffenen Spektrum unter den Organisatoren aktiver. Im September 2020 bedrängte ein Teilnehmer einen Journalisten und verletzte diesen leicht an der Nase. Der Esoteriker, aktiv unter „Querdenken“ bzw. „Corona Rebellen“, begründete die Tat damit, er habe lediglich verhindern wollen in der Berichterstattung als Rechtsradikaler dargestellt zu werden. Die Bundesregierung zählte das Delikt zu den sich häufenden Angriffen auf Journalisten während der Proteste gegen die Maßnahmen, konnte die Tat und den Mann jedoch mangels behördlicher Vorerkenntnissen keinem politischen Spektrum zuordnen.

Organisiert wurden die zuweilen wöchentlichen Proteste gegen die Maßnahmen von dem verschwörungsideologischen Bündnis „Aachener für eine menschliche Zukunft“, von „Querdenken 241“ und später auch von einer lockeren Gruppe namens „Stoppt den Lockdown!“ Zunehmend wurden dabei auch rechtsoffene Personen aktiv, nahmen abermals Rechtsextreme und „Reichsbürger“ sowie Abordnungen der AfD teil, bis hin zu Parteifunktionären und Mandatsträgern. Als am 20. Oktober drei Köpfe der „Querdenken“-Bewegung mit ihrer „Corona-Info-Tour“ in Aachen stoppten – darunter Bodo Schiffmann –, hielt im Rahmen der Kundgebung auch der Rechtsextremist Dieter B. eine Rede.

B. war bis zum Spätsommer 2020 noch der Kopf der NRW-Abordnung der rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Splittergruppe „Patriotic Opposition Europe“. Unterdessen tritt er als Kopf von „Klartext 20/21“ auf. Diese Splittergruppe gilt als Sammelbecken für zuvor irrlichternde Einzelprotagonisten aus der Szene der Rechtsextremen, „Reichsbürger“ und zuwanderungsfeindlicher „Wutbürger“ aus dem Raum Aachen/Düren, Düsseldorf und Duisburg. Am 2. Januar 2021 sprach in Aachen der AfD-nahe, rechte und verschwörungsideologische Medienaktivist Thorsten „Silberjunge“ Schulte aus Hamm. Auf einer Kundgebung am 20. Februar 2021 trat der rechtsextreme „Reichsbürger“ Sascha V. alias Rapper „Master Spitter“ aus Jüchen (Rhein Kreis Neuss) in Aachen auf.

Der Ökonom und Fondsmanager Max Otte, bis Anfang Januar 2021 noch Vorsitzender des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES), trat im April neben „Querdenken“-Gründer Michael Ballweg bei einer größeren Kundgebung von „Querdenken 241“ in Aachen als Musiker und Redner auf. Otte wurde im Mai 2021 dann zum Bundesvorsitzenden der CDU-nahen, äußerst rechten „Werteunion“ gewählt. Schon zuvor hatte Otte mehrere Bezüge ins Rechtsaußen-Spektrum. Ein Aachener Personal Trainer, der mehrfach an „Querdenken“-Protesten teilnahm und zwischenzeitlich in Mexiko lebte um eine Corona-Schutzimpfung zu umgehen, wurde für den 25. September 2021 als einer der Referent/innen beim Online-Kongress

„Speakers Day“ von/mit Dave Brych angekündigt. Die rund 15 Referent/innen kamen überwiegend aus dem verschwörungsideologischen bzw. rechtsradikalen Spektrum.

Aachen stand lange Jahre im Fokus von rechten Aufkleber- und Sprühaktionen, wobei davon besonders stark Außenbezirke betroffen waren. Neben nationalsozialistischen Symbolen und Parolen – wie zum Beispiel Hakenkreuzen und den Sprüchen „Arbeit macht frei“ sowie „Anne war nicht arisch“ im Umkreis der Anne-Frank-Schule – fand sich dabei immer wieder die Abkürzung „KAL“. Gezielte Drohungen gegen von den Neonazis als Gegner empfundene Personen oder Aussteiger fanden per Brief, Telefon oder mittels Graffitis statt.

Zu ihren Gegnern zählen Neonazis auch die Partei Die Linke, deren Aachener Büro immer wieder Ziel von Neonazi-Angriffen war. Scheiben wurden eingeworfen, besprüht und beklebt. Neonazis und Personen aus dem KAL-Umfeld besprühten 2010 auch das Büro der Bündnis-Grünen sowie eine Werbetafel des Zeitungsverlages Aachen („Aachener Nachrichten“, „Aachener Zeitung“, weitere Titel) mit rechten Symbolen und Parolen. Im August 2010 beschmierten zwei Neonazis zudem großflächig die Außenmauern des jüdischen Friedhofs, u.a. hinterließen sie auf rund 15 Metern Länge und in zirka zwei Meter hohen Buchstaben die Parole „Juden den Gashahn aufdrehen“. Im Juli 2014 ritzen Unbekannte auf dem jüdischen Friedhof in Aachen-Haaren hakenkreuzähnliche Runen in einen Grabstein und beschädigten eine Gedenktafel. Im August 2021 wurden auf Spazierwegen nahe dieses jüdischen Friedhofs Hakenkreuze und „Sieg heil“ gesprüht.

Neben solchen Aktionen konzentrierten sich die Neonazis aus Aachen und Umgebung auch auf alternative und antifaschistische Menschen und Einrichtungen in Aachen. Im Fokus stand hierbei das „Autonome Zentrum“ (AZ), vor dem am 17. Juli 2010 eine Paketbombe gefunden wurde. In den Wochen und Monaten zuvor hatten sich die Übergriffe auf das AZ und seine Besucher/innen gehäuft, dabei dienten den Angreifern unter anderem Pfefferspray und Stahlkugeln, die aus einem Auto heraus auf Menschen vor dem AZ geschossen wurden, als Waffen. Im Juni 2011 griffen im Umfeld des AZ rund 20 Neonazis, darunter viele KAL-Leute, einen Skater an.

Schlagzeilen machten Aachener Neonazis – darunter ein KAL-Mitglied – auch, weil sie am 1. Mai 2010 selbst gebaute Splittersprengkörper mit zu einem Aufmarsch nach Berlin nahmen. Diese sollten vermutlich gegen Polizist/innen und Gegendemonstrant/innen gezündet werden, kamen aber angesichts polizeilicher Vorkontrollen nicht zum Einsatz. Im Februar 2011 wurden zwei Neonazis aus Aachen deswegen und wegen verschiedener Schmierereien unter Auflagen zu Bewährungsstrafen verurteilt. Einer der beiden Neonazis wurde im Herbst 2011 wegen des Vorwurfs des versuchten schweren Raubes wieder in Untersuchungshaft genommen und später zu einer Gesamthaftstrafe verurteilt.

Wegen rassistischer und rechtsextremer Postings suspendierte die Polizei in Aachen im Herbst 2014 zwei Polizeianwärter aus dem Raum Aachen im Alter von 19 und 22 Jahren. Gegen andere Teilnehmer/innen der Ausbildungsgruppe wurden disziplinarrechtliche Maßnahmen eingeleitet. Anlass war ein verbales und virtuelles, rassistisches Mobbing sowie das Verbreiten rechtsextremer Inhalte in sozialen Medien. Beide Personen waren laut Polizei bisher weder in organisierten Strukturen der rechten Szene aufgefallen, noch hatten sie nach Polizeierkenntnissen einschlägige Veranstaltungen besucht. Das Mobbing und die Postings fanden über Monate in einer Gruppe von 32 Polizeianwärter/innen aus Aachen, Köln und Bonn an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Köln statt.

Im Februar 2020 leitete die Polizei Aachen gegen zwei Beamte Disziplinarverfahren ein. Beide hatten beim Bewachen der Synagoge in einem Streifenwagen gesessen und wegen eines technischen Fehlers unfreiwillig Naziparolen wie „Sieg Heil“ über den Polizeifunk übertragen. Diese stammten aus der umstrittenen Streamingserie „Hunters“, in der es ähnlich wie im Film „Inglourious Basterds“ um Nazijäger geht. Einer der Polizisten soll die Serie auf seinem Smartphone angeschaut haben. Gegen beide Beamten

wurden Ermittlungen eingeleitet. Bei der Untersuchung des Handys eines Beamten wurden laut Polizei zudem Dateien gefunden, die rechtsextreme Inhalte enthielten.

Im Zuge der hierauf eingeleiteten Ermittlungen wurden zudem Smartphones von weiteren Polizeibeamten sichergestellt und ausgewertet. Insgesamt leitete die Staatsanwaltschaft deswegen seit Frühjahr 2020 acht Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung bzw. des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein. Mitte September 2020 waren laut Lokalzeitung Ermittlungsverfahren gegen fünf dieser acht Polizisten mangels strafbaren Verhaltens wieder eingestellt worden. Die Verfahren gegen drei Polizisten liefen demnach noch. Verschiedene Gerichtsverhandlungen waren u.a. für Frühjahr 2021 terminiert, verzögerten sich teilweise aber.

Vertreter rechtsextremer Parteien und Gruppierungen intensivierten im zweiten Halbjahr 2015 angesichts des Themas Asyl und des radikalislamischen Terrors ihre rassistischen, islam- und asylfeindlichen Aktivitäten. So kam es in Eschweiler, Alsdorf und Aachen zu entsprechenden, nicht bei der Polizei angemeldeten Mini-Kundgebungen der „Identitären Aktion“ (IA, s.o.) vor Moscheen und islamischen Kulturvereinen. Zudem kam es vonseiten der rechtsextremen Szene zu Flugblatt-Aktionen sowie zu zahlreichen Berichten und Polemiken mit teils lokalem Bezug via Internet. Mitte 2016 ermittelte die Polizei, weil auf die Zelte einer Flüchtlingsunterkunft regelmäßig Steine geworfen wurden. Sowohl Zelte der Asylsuchenden, als auch die der Sicherheitsfirma waren betroffen. Ein erster Tatverdacht richtete sich gegen einen Mitarbeiter der Security.

Ein Neonazi-Hooligan aus dem Kreis Heinsberg bewirkte am 31. Oktober 2015 beim Spiel Alemannia Aachen gegen Rot-Weiß Essen mutmaßlich durch sein aggressives und bedrohliches Auftreten (auch gegenüber den Ordnern), dass eine Gruppe von Geflüchteten einen Tivoli-Block verlassen musste. Derselbe soll später zudem an Fanausschreitungen beteiligt gewesen sein, weswegen ihm drei Jahre lang Stadionverbot (bundesweit) und fünf Jahre lang Hausverbot auf dem Tivoli erteilt wurde.

Zum Jahreswechsel 2015/2016 beschmierten Unbekannte den über 200 Jahre alten Obelisk auf dem Lousberg mit einer islam- und einer Merkel-feindlichen Parole. Am ersten Juli-Wochenende 2016 übergossen Unbekannte zwei Stolpersteine zum Gedenken an die Opfer des Naziterrors in Aachen mit einer ätzenden Substanz, möglicherweise Säure.

Dass Wahlplakate zerstört, beschädigt oder beschmiert werden, gehört seit Jahren zu den negativen Begleiterscheinungen von Wahlkämpfen. Relativ neu und flächendeckend war 2017 im Bundestagswahlkampf jedoch in Aachen feststellbar, dass derlei zunehmend im antisemitischen Sinne geschieht. So wurde der Wahlkampfwagen von Ulla Schmidt (SPD) mit den Worten „Volksveräter“ [sic!] sowie „Verräterin Kapitalistenschweine“ beschmiert. Zudem wurde auf einem Fotodruck von Schmidt ein Davidstern („Judenstern“) auf die Nase sowie ein „Hitler-Bärtchen“ ins Gesicht der Politikerin gemalt. Plakate von Schmidt, Rudolf Henke (CDU) und Christian Lindner (FDP) wurden in Aachen mit Hakenkreuzen, Davidsternen („Judensternen“) und antisemitischen Parolen bzw. Andeutungen beschmiert. Der CDU wurde mittels Sprühattacken dabei auch vorgeworfen, ihre Vaterlandsliebe und Treue zur Landesfahne sei „kaputt“.

In Aachen spitzte sich rund um den Jahreswechsel 2016/2017 ein Konflikt zwischen Antifaschist/innen sowie Neonazis und Hooligans zu. Ausgangspunkt dafür war ein Angriff von zwei Neonazis auf Schüler in Aachen am Rande des linksalternativ geprägten Frankenberger Viertels am 2. November. Einer der Angreifer wurde kurz darauf an einer benachbarten Schule mittels Sprühaktionen von Linken „geoutet“ und bedroht. Betroffene Neonazis störten am 9. November das Pogromnacht-Gedenken (s.o.). Rechtsextreme versuchten rund um Weihnachten und den Jahreswechsel im besagtem Viertel ihr Revier beziehungsweise ihren „Nazi-Kiez“ mit Aufklebern von S52, der IB und der „Identitären Aktion“ (IA) sowie „Anti-Antifa“-Schmierereien zu markieren. Das nahe gelegene „Autonome Zentrum“ (AZ) wurde ebenso beklebt und mit Hakenkreuzen beschmiert.

In einem anonym via Internet publizierten Bericht wurde darauf hingewiesen, dass Anfang Januar zudem zwei mit Schlagstöcken bewaffnete Neonazis AZ-Besucher/innen angegriffen hätten. Anfang März „outeten“ dann Antifaschist/innen im Gegenzug drei Neonazis. Die Antifaschist/innen verteilten dazu im Wohnumfeld steckbrief-artige Flyer und bezichtigten das Trio, an den Übergriffen beteiligt gewesen zu sein. Kurz darauf wollten Vertreter der IB dann provokativ in dem linksalternativen Viertel ein Transparent an der Burg Frankenberg aufhängen, bis sie von Antifaschist/innen attackiert und „verjagt“ wurden. Vier Tage später wurden Mitte März im Viertel dann zwei Neonazis von rund 15 bis 20 teils vermummten Antifaschist/innen angegriffen. Einer der Neonazis wehrte sich mit einem Schlagstock bis zahlreiche Streifenwagen der Polizei anrückten. Am selben Abend marschierten fast zehn Neonazis am AZ auf. Die Lage beruhigte sich erst wieder in Gänze, nachdem die Polizei Ende Mai 2017 im Zuge einer Drogenrazzia (s.o.) beteiligte Rechtsextremisten in U-Haft nahm.

Zum Ende des Schuljahres 2018 hin haben in der Nacht vor einer am Morgen geplanten Entlassfeier Vertreter von „Syndikat 52“ (S52) in Aachen eine Sekundarschule umfangreich mit den Aufklebern ihrer Gruppe beklebt. Zudem wurde in der Tatnacht das Schild, das die Schule als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausweist, abmontiert und gestohlen. In einer Abschlussklasse war, wie sich später herausstellte, ein S52-Aktivist. Kurz darauf begann zudem ein monatelanger Psychoterror gegen als „Feinde“ deklarierte Menschen und Lokalpolitiker sowie eine Reihe weiterer Straftaten und Aktionen in Burtscheid, im Frankenger Viertel, im Umfeld des „Autonomen Zentrums“ (AZ) und der Gegend rund um die Südstraße.

Im Frühjahr 2019 publizierte S52 Beiträge in den sozialen Medien, dass eigene Mitglieder im Rahmen des „Die Rechte“-Europawahlkampfes Mitte März unmittelbar an der Synagoge und am Synagogenplatz in Aachen Flyer für die verurteilte und inhaftierte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck verteilt sowie israelfeindliche Aufkleber verklebt hätten. Im Europa-Wahlkampf 2019 hängten die überwiegend minderjährigen S52- und DR-Mitglieder ab April Plakate der DR in Burtscheid auf, oft gezielt im Umfeld der Wohnungen von „Feinden“. Hinzu kamen Aufkleber- und Flyer-Aktionen sowie das Sprühen von Hakenkreuzen, SS-Runen und der Losung „Nazi Kiez“.

Mitte Mai 2019 teilte die Polizei mit, sie ermittele gegen zwei 17 und 20 Jahre alte Neonazis von S52, weil sie in der Nähe des AZ zwei Heranwachsende mit einem Messer bedroht und verfolgt haben sollen. Jene kleine Gruppe minderjähriger Neonazis hatte in der Vergangenheit unzählige Male im Umfeld von Hauptbahnhof und AZ Aufkleber verklebt, Hakenkreuze gesprüht und die Konfrontation mit Personen gesucht, die sie optisch dem linken politischen Spektrum zuordnen. In der Nacht von Samstag (31.8.) zu Sonntag (1.9.2019) sollen drei junge Neonazis erneut AZ-Besucher/innen aufgelauert und einer Person mit einem Gegenstand auf den Kopf geschlagen haben. Am 3. September marschierten die Minderjährigen am späten Nachmittag erneut am AZ auf. Laut Antifa waren sie dabei auch mit einer Stange bewaffnet. Nachdem die Polizei ihnen Platzverweise erteilte, gerieten die Rechtsextreme später am Elisengarten erneut mit Linken aneinander und verletzten diese leicht.

Im Umfeld von S52-Aufkleberaktionen kam es in der Innenstadt im Oktober 2019 zu einer auf „Feinde“ bedrohlich wirken sollenden Sprühaktion, die das Kürzel des rechtsterroristischen NSU enthielt. Anfang 2020 kam es erneut mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen den meist minderjährigen und oft bewaffneten Neonazis und Antifaschist/innen. Nachdem einer der Neonazis dann an seiner Schule mittels Sprühaktionen „geoutet“ worden war, hatte es Ende 2019 deswegen eine Rache-Aktion aus dem rechten Spektrum gegeben. Dabei wurden erneut „Feinde“ im Stadtteil Burtscheid durch Sprühaktionen bedroht. So wurde auch das Gebäude der Aachener Abteilung der Katholischen Hochschule NRW großflächig mit rechtsextremen und neonazistischen Symbolen und Parolen beschmiert. Namentlich wurde dabei ein früheres Mitglied des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) bedroht.

Im Umfeld einer aus dem antifaschistischen und linken Spektrum organisierten Demonstration anlässlich des Weltfrauentages im März 2020 kam es dann erneut zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei



Neonazis der Gruppe „Syndikat 52“ (S52) und einer größeren Gruppe von Nazigegner/innen. Nachdem Passanten die Polizei über die Auseinandersetzungen mit rund 30 teils vermummten Beteiligten informierten, trafen die Beamten nur noch zwei, teils schwer verletzte Neonazis an. Laut Zeugen waren alle anderen Beteiligten in Richtung der Frauen-Demonstration geflohen.

Einer der Neonazis hatte erneut während dieser Auseinandersetzungen ein Messer gezückt. Das Taschenmesser und Pfefferspray wurden sodann von der Polizei beschlagnahmt, ebenso wie bei dem anderen Neonazi Quarzsand-/Schlaghandschuhe. Zu dem Vorfall am 8. März 2020 gab es zunächst unterschiedliche Schilderungen. „Die beiden Verletzten geben natürlich an, dass sie angegriffen worden seien“, wurde Polizeisprecherin Sandra Schmitz in der Lokalzeitung zitiert. In einer Stellungnahme aus Antifakreisen hieß es, die beiden Neonazis hätten eine Gruppe von Teilnehmer/innen der Demonstration zum „Frauenkampftag“ unter Einsatz des Messers und begleitet von Faustschlägen angegriffen. Diesen Angriff habe man dann abgewehrt. Rund um den Jahreswechsel 2020/2021 häuften sich erneut neonazistische Vorfälle sowie Gewalttaten und Sprühaktionen rund um das AZ und im Frankenberger Viertel.

Mitte Januar 2018 beleidigte ein alkoholisierter Mann Reisende am Aachener Hauptbahnhof und zeigte den Hitler-Gruß. Der 34-jährige Deutsche äußerte dabei Hasstiraden gegenüber Reisenden, stieß Bedrohungen aus und äußerte Beschimpfungen „aus der nationalsozialistischen Schmuddel-Kiste“ (Polizeibericht). In Aachen ist es in den vergangenen Jahren sporadisch zu rechtsextremen und rassistischen Vorfällen durch Personen aus dem Trinker- und Drogenmilieu gekommen. Im März 2021 beschmierten Unbekannte das Haus und Restaurant eines Starkochs mit dunkler Hautfarbe in Aachen-Kornelimünster mit Hakenkreuzen und einer rassistischen Aussage.

Traten in der Vergangenheit Neonazi-Gruppen und „Kameradschaften“ aus dem Rheinland bei Aufmärschen in ganz Deutschland gelegentlich mit eigenen Transparenten oder „Blöcken“ in Erscheinung, änderte sich dies im Jahre 2011. Bis zur Gründung der Partei „Die Rechte“ traten diese Gruppierungen bei Aufmärschen außerhalb des Rheinlandes nicht mehr als Einzelgruppen auf, sondern meist gemeinsam hinter einem „Rheinland“-Banner und teilweise in einheitlich weißem „Rheinland“-T-Shirt. Damit einhergegangen sein soll auch der interne Auf- und Ausbau der Vernetzung zwischen „Kameradschaften“, „Aktionsgruppen“ oder „Aktionsbüros“, Projekten und wichtigen Einzelpersonen aus dem Rheinland und vom Niederrhein.

Nach der Razzia gegen mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer des „Aktionsbüros Mittelrhein“ (ABM), der Inhaftierung verschiedener Führungskader und dem Rückzug des (ehemaligen) Neonazis Axel Reitz aus Pulheim ist diese „Rheinland-Vernetzung“ indes ins Stocken geraten. Seit geraumer Zeit bilden allerdings Neonazis aus dem Rheinland bei größeren Aufmärschen außerhalb der Region sporadisch wieder einen kleinen „Rheinland-Block“. Bei einem Aufmarsch zu Ehren des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im August 2018 in Berlin fiel jener „Block“ – darunter auch Neonazis aus Aachen – u.a. mit antisemitischen Parolen auf. So hat der „Rheinland-Block“ bei diesem Heß-Gedenkmarsch 2018 auch den Gesang angestimmt: „Wo man Juden deportiert, da ist das Rheinland, schalalalala...“